

■ ASPEKTE AUSLÄNDISCHEN EIGENTUMS IM ÖSTERREICHISCHEN BANKWESEN

Die Eigentümerstruktur des österreichischen Bankensystems ist in einer grundlegenden Neuordnung begriffen. Bedingt durch den Rückzug des Staates als Eigentümer und die Internationalisierung der Finanzmärkte steigt dabei der Anteil ausländischer Eigentümer. Derzeit weisen 45 österreichische Banken eine qualifizierte Auslandsbeteiligung (mehr als 25%) auf, 30 Banken befinden sich in ausländischem Mehrheitseigentum. Einschließlich der Repräsentanzen und Anmeldungen im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit sind rund 125 ausländische Anbieter auf dem österreichischen Markt präsent.

Dem Bankensystem kommt im Rahmen der Globalisierung der Märkte und der Corporate-Governance-Diskussion in mehrfacher Hinsicht eine besondere Rolle zu. Banken sind selbst Gegenstand der Eigentümerproblematik. Wie für alle anderen Unternehmen auch stellt sich für sie die Frage nach einer effizienten Ausgestaltung der Eigentümerstruktur und der entsprechenden Kontrollmechanismen

Dieser Zugang wird aber durch die spezifischen Merkmale und Funktionen von Banken um zusätzliche Aspekte erweitert. Zu den wichtigsten Fragen zählen:

- die zentrale Position von Banken im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsstruktur und ihre damit verbundene Rolle im Corporate-Governance-Mechanismus einer Volkswirtschaft,
- die im Bereich der Finanzmärkte besonders frühzeitig und stark ausgeprägten Tendenzen der Internationalisierung und Liberalisierung traditioneller Marktstrukturen und Verhaltensweisen,
- das mit diesen Veränderungen eng verbundene Anpassungserfordernis der nationalen Marktstrukturen und regulatorischen Rahmenbedingungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Wettbewerbsposition des Bankensystems sowie
- die spezifischen Faktoren, durch die sich diese Bedingungen für Anbieter von (Finanz-)Dienstleistungen von denen eines produktionsorientierten Unternehmens unterscheiden

Der Autor dankt Gunther Tichy für wertvolle Anregungen und Hinweise. Aufbereitung und Analyse der Daten erfolgten mit Unterstützung von Ursula Glauninger und Christa Magerl. Der Artikel basiert auf einer umfangreichen Studie des WIFO im Auftrag der Bundesarbeitskammer: Franz R. Hahn, Peter Mooslechner, Michael Pfaffermayr, Globalisierungstendenzen in der österreichischen Wirtschaft. Corporate Citizenship als neue wirtschaftspolitische Herausforderung.

Unter diesen Voraussetzungen versucht der vorliegende Beitrag, eine Verbindung zwischen den Fragen der Eigentümerstruktur einer Volkswirtschaft und der Veränderung der relevanten Marktbedingungen auf den Finanzmärkten herzustellen und anhand der konkreten Situation des österreichischen Bankensystems zu illustrieren.

DIE AKTUELLE CORPORATE-GOVERNANCE-PROBLEMATIK IM ÖSTERREICHISCHEN BANKENSEKTOR

Kennzeichnend für die Auslandsbanken sind ihre stark spezialisierte Geschäftsstruktur und eine hohe Ertragskraft. Gemessen an der Bilanzsumme ist ihr Marktanteil mit rund 3% noch eher niedrig.

Die Diskussion um Corporate Governance im österreichischen Bankensektor steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Rückzug des Staates als Eigentümer von Kreditinstituten. Ein traditionell hoher Anteil öffentlichen Eigentums an Banken war ein charakteristisches Merkmal der österreichischen Bankenstruktur. Mangels potenter inländischer Investoren übernahm die Republik Österreich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs einen bestimmenden Anteil an einigen Großbanken zur Sicherung des österreichischen Eigentums. Verstärkt wurde der öffentliche Eigentumsanteil an Kreditinstituten durch Beteiligungen der Bundesländer an den Landes-Hypothekenbanken und die Haftungsverflechtung von Gemeinden mit einem wesentlichen Teil des Sparkassensektors (Gemeindesparkassen).

An Bedeutung gewann die Rolle des öffentlichen Eigentums bzw. Einflusses im österreichischen Bankwesen zusätzlich durch die de facto „Eigentümerlosigkeit“ der Kreditinstitute in den genossenschaftlich organisierten Sektoren und im Sparkassensektor. Im eigentlichen Sinn „privates“ Eigentum, gleich welcher Rechtsform, war in der Eigentumsstruktur des österreichischen Kreditwesens eher die Ausnahme als die Regel.

Seit Beginn der achtziger Jahre wurde der direkte Staatsbesitz wie der öffentliche Einfluß signifikant reduziert. Mit der angekündigten Privatisierung des Bundesanteils an Creditanstalt und Bank Austria, der Suche nach einer Neuregelung des Eigentums an der Postsparkasse, weiteren Schritten zur Privatisierung der Landes-Hypothekenbanken sowie durch Veränderungen der Rechtsform und Fusionen von Sparkassen und Genossenschaftsbanken wird sich dieser Trend auch in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre fortsetzen.

Parallel zum tendenziellen Rückzug des Staates als Eigentümer löste das Kreditwesengesetz 1979 (Handler

– Mooslechner, 1986) eine erste Welle an Bankenfusionen und -übernahmen aus und trug damit zu einer markanten Umgestaltung von Markt- und Eigentumsstrukturen bei. Damals ging in einem Zeitraum von nur vier Jahren – zwischen 1978 und 1982 – die Zahl der rechtlich selbständigen Banken in Österreich um rund 400 – also um etwa ein Viertel – zurück. Die neuerliche Fusionswelle zu Beginn der neunziger Jahre kann hingegen großteils mit der strategischen Vorbereitung und Anpassung der österreichischen Banken an einen gemeinsamen europäischen Finanzmarkt in Verbindung gebracht werden. Dabei zeigt die Entwicklung der jüngeren Vergangenheit aber nicht allein eine deutliche Zunahme der Zahl der Bankenzusammenschlüsse und der daran beteiligten Banken, sondern zugleich die Beteiligung immer größerer Banken an der Veränderung der Marktstrukturen.

Die Eigentümerstruktur des österreichischen Bankensystems scheint jedenfalls in einer grundlegenden Neuordnung begriffen, deren Ergebnis und Konsequenzen selbst Mitte der neunziger Jahre in ihrer gesamten Tragweite noch kaum umfassend einzuschätzen sind. Diese Entwicklung spiegelt zu einem wesentlichen Teil auch Probleme wider, die eng mit Defiziten der historisch gewachsenen Corporate-Governance-Struktur des österreichischen Bankwesens zusammenhängen.

Zentraler Kern der Problematik ist zweifellos eine über Jahrzehnte geringe Rentabilität der österreichischen Banken, die vor allem auf eine im internationalen Vergleich niedrige Produktionseffizienz zurückgeführt wer-

„Privates“ Eigentum im engeren Sinn war durch die große Bedeutung des öffentlichen Eigentums und die de facto „Eigentümerlosigkeit“ in den genossenschaftlich organisierten Sektoren und im Sparkassensektor im österreichischen Bankensystem eher die Ausnahme als die Regel.

den kann (Mooslechner, 1995). Merkmale wie hohe Filialdichte und intensiver Marktanteilswettbewerb (Tichy, 1991, 1993) sind aber auch Ausdruck spezifischer Governance-Bedingungen, in denen das Fehlen strategischer Eigentümerinteressen die typischen managementdominierten Unternehmensstrategien entstehen ließ. Gleichzeitig konnte sich durch die starke Position der Banken auf den österreichischen Finanzmärkten der Kapitalmarkt, im besonderen die Börse, nicht zum funktionsfähigen Mechanismus der Managementkontrolle durch rentabilitätsorientierte Eigentümer entwickeln.

Die Diskussion der Frage nach der theoretisch wünschenswerten Eigentümerstruktur kann sich deshalb nicht auf die Dimension inländisches versus ausländisches Eigentum beschränken. Von ebenso großer Be-

deutung ist die Frage des strategischen Eigentümerinteresses, wie sie sich vor allem im Gegensatz zwischen management- und eigentümerkontrollierten Unternehmensstrukturen ausdrückt. Unter den konkreten Rahmenbedingungen des engen österreichischen Kapitalmarktes reduziert sich jedoch auch diese Problematik in vielen Fällen rasch wieder auf die des erwünschten – als „akzeptabel“ erachteten – Ausmaßes ausländischen Eigentums.

Die Diskussion einer wünschenswerten Eigentümerstruktur kann sich nicht auf den Gegensatz zwischen inländischem und ausländischem Eigentum beschränken. Zu berücksichtigen ist gleichzeitig eine Reihe weiterer Aspekte der Eigentümerproblematik, etwa die Frage des strategischen Eigentümers.

Freilich kann zur Lösung des Dilemmas der Gewichtung zweier kaum zu vereinbarenden Zielsetzungen die ökonomische Theorie nur wenig beitragen. Tatsächlich bietet die theoretische wie die empirische Literatur kaum Ansatzpunkte, nach ökonomischen Kriterien sinnvoll zwischen ausländischen und inländischen Eigentümern zu qualifizieren. Im Prinzip liefert erst die Berücksichtigung substantieller Marktunvollkommenheiten, d. h. unterschiedlicher Verhaltensweisen ausländischer und inländischer Eigentümer unter identischen Rahmenbedingungen, eine Begründung der von der Wirtschaftspolitik fast aller Länder als wichtig angesehenen Begrenzung des Auslandseigentums.

Selbst in den USA wird ausländischer Einfluß in einem „Schlüsselsektor“ wie dem Bankensystem kritisch gesehen (GAO, 1996). Dabei wird auf eine ökonomische Begründung im eigentlichen Sinn verzichtet. Als traditionelle ökonomische Argumente für eine Beschränkung ausländischen Eigentums könnten etwa externe Effekte herangezogen werden. Im Bankwesen würden sich diese vor allem auf die spezifische Position von Banken im Rahmen der Transmission geldpolitischer Impulse und auf die mit der Systemstabilität von Finanzmärkten verbundenen gesamtwirtschaftlichen Risiken beziehen.

Eine umfassende Einschätzung zunehmenden Auslands Eigentums im österreichischen Bankensektor sollte schließlich berücksichtigen, daß sich die damit in einem Dienstleistungsbereich wie dem Finanzwesen verbundenen Konsequenzen von denen in der Industrie deutlich unterscheiden können. Ein wesentlicher Teil der Finanzdienstleistungen, durchaus auch in höherwertigen Marktsegmenten, hat den Charakter von Kontakt-dienstleistungen. Das gilt insbesondere für beratungsintensive Produkte, deren Nachfrage besonders stark zunehmen dürfte.

Solange diese Produktcharakteristik zutrifft, muß dieses Angebot überwiegend am Ort der Nachfrage erstellt werden. Trotz der raschen Entwicklung moderner Kommunikationstechnologien ist deshalb für Finanzinstitutionen eher von einer geringen Mobilität der realwirtschaftlichen Produktionsfaktoren auszugehen. Traditionelle Verhaltensweisen der Kunden im Massengeschäft verstärken diese Einschätzung. Anders als in der Industrie wird es deshalb nur sehr eingeschränkt möglich sein, die Produktion räumlich von der Nachfrage zu trennen. Das schränkt die durch ausländisches Eigentum für Beschäftigung und Einkommen gegebenen Risiken ein.

Allerdings ist auch für Finanzdienstleistungen eine Verlagerung von zentralen Funktionen möglich. Davon können hochwertige Dienstleistungsbereiche (von der Produktentwicklung bis zur Marktanalyse) ebenso wie standardisierbare Back-office-Bereiche (Auslagerung von EDV-Aufgaben) betroffen sein. Eine Tendenz zur Konzentration zentraler Unternehmensbereiche am Standort des Headquarters besteht jedenfalls auch im Finanzbereich.

DIE BEDEUTUNG DER BANKEN IM CORPORATE-GOVERNANCE-MECHANISMUS EINER VOLKSWIRTSCHAFT

Die ökonomische Diskussion unterschiedlicher Corporate-Governance-Strukturen in den OECD-Ländern geht von zwei kontrastierenden Grundmodellen aus: dem Outsider- und dem Insider-Modell der Unternehmenskontrolle. Im Outsider-Modell ist die Intensität der direkten Kontrolle des Unternehmensmanagements durch Eigentümervertreter – den Aufsichtsrat – gering. Die Eigentümerkontrolle erfolgt primär über den Kapitalmarkt. Ist die Performance des Unternehmensmanagements unbefriedigend, sinkt der Unternehmenswert, die Investoren verkaufen die Aktien, und das Risiko einer Übernahme des Unternehmens durch einen Konkurrenten steigt. Dagegen erfolgt im Insider-Modell die Kontrolle des Managements durch die Eigentümer direkt über die Vertretung der wichtigsten Eigentümergruppen im Aufsichtsrat.

Bereits diese stilisierte Unterscheidung zwischen den Grundtypen von Corporate-Governance-Mechanismen macht deutlich, daß Struktur und Entwicklungsstand der Finanzmärkte einer Volkswirtschaft wesentliche Rahmenbedingungen für die Funktionsfähigkeit der unterschiedlichen Modelle sind.

Eine besondere Rolle kommt dabei den Banken zu; sie wird vor allem in der Unterscheidung von „market-based“ und „bank-based“ Finanzierungsstrukturen deutlich. Während in den USA und in Großbritannien die größere Bedeutung des Kapitalmarktes für die Mittelaufbringung der Unternehmen dessen Mechanismen

auch in der Corporate Governance dominieren läßt, erlangen in Mitteleuropa aufgrund der größeren Bedeutung der Kreditfinanzierung die Banken eine Schlüsselposition.

Struktur und Entwicklungsstand der Finanzmärkte einer Volkswirtschaft sind wesentliche Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung der Eigentümerstrukturen. Vor allem im deutschsprachigen Raum nehmen die Banken aufgrund der großen Bedeutung der Kreditfinanzierung dabei eine Schlüsselposition ein.

Allerdings wird die Effizienz beider Modelle in der Literatur widersprüchlich eingeschätzt. Interessanterweise betont die angelsächsische Literatur vielfach die „long-term commitment“-Vorteile des Bank-based-Modells, während in Deutschland und Österreich die Effizienzaspekte von Kapitalmarktmechanismen als attraktiv erachtet werden. Offenbar resultiert aus den konkreten Erfahrungen mit den Unvollkommenheiten des jeweiligen Modells eine Präferenz zumindest für wichtige Elemente des jeweils anderen Modells. So versucht die Wirtschaftspolitik in den USA, durch Lockerung des Trennbankensystems und Aufhebung des Interstate-Banking-Verbots die Wettbewerbsfähigkeit der Banken gegenüber den großen europäischen Universalbanken zu stärken. Gleichzeitig verfolgen viele europäische Länder eine Strategie, den als zu gering erachteten Entwicklungsstand von Kapitalmärkten und Börsen zu verbessern.

Die modernen theoretischen Ansätze zur Unternehmensfinanzierung rücken den Zusammenhang zwischen Investitionsentscheidung, Finanzierung und Unternehmenskontrolle in den Mittelpunkt. Hellwig (1991) zeigt, daß die bisherige Vernachlässigung dieses Entscheidungskomplexes wesentlich auf die dominierende Rolle des Walrasianischen Paradigmas perfekter Märkte im Bereich der Finanzmarktanalyse zurückgeht. Dieses Paradigma implizierte einen bestimmten institutionellen Rahmen, der die Analyse unterschiedlicher Finanzinstitutionen und Finanzierungsstrukturen nicht zuließ. Populärer Kern dieser verengten Position der Vernachlässigung von Finanzierungsgesichtspunkten war die Welt des Modigliani-Miller-Theorems, die Irrelevanz der Finanzierungsentscheidung.

Sowohl auf theoretischer (z. B. Stiglitz, 1985) als auch vor allem auf empirischer Ebene (Mayer, 1988) wurde die Dominanz dieser Position erst Ende der achtziger Jahre ernsthaft in Frage gestellt. Ausgangspunkt dafür war die Zusammenführung der drei Elemente Finanzierung, Information und Unternehmenskontrolle in einer gemeinsamen Sicht der Funktionen jedes makroökonomischen Finanzierungssystems.

Die Finanzierungsfunktion ist die Basisfunktion der Finanzmärkte einer Volkswirtschaft. Sie umfaßt den Mitteltransfer von den Überschuß- zu den Defiziteinheiten – von den Sparern zu den Investoren – und die damit verbundene quantitative wie qualitative Mitteltransformation. Parallel dazu vermitteln die Finanzmärkte Informationen über Unternehmenswert, Investitionsmöglichkeiten und den effizienten Ressourceneinsatz, die über die dadurch induzierten Finanzierungsströme in Verhaltensweisen und Anreize umgesetzt werden. Auf diesem Informationsfluß beruht die Kontrollfunktion der Finanzmärkte – die Kontrolle sowohl der Unternehmenseigentümer (die Finanzinvestoren) gegenüber ihrem Unternehmensmanagement als auch der Kreditgeber gegenüber ihren Schuldnern. Anhand dieser drei Funktionen des Finanzierungssystems einer Volkswirtschaft lassen sich die Unterschiede zwischen Market-based- und Bank-based-Strukturen illustrieren.

Im Market-based-System der USA und Großbritanniens werden die Überschüsse der Haushalte in hohem Maße über die Wertpapiermärkte zu den Investoren transferiert. Daraus ergibt sich eine institutionell vergleichsweise fragmentierte Finanzierungsstruktur, die sich in einer ausgeprägten Spezialisierung im Bankenbereich sowie einer großen Bedeutung von Nichtbanken-Finanzintermediären ausdrückt. Hingegen erfolgt im Bank-based-Modell der Mitteltransfer primär über Universalbanken, die sowohl im Kredit- als auch im Wertpapiergeschäft tätig sind und enge Beziehungen zu den Investoren aufrechterhalten. Diese Banken stellen langfristige Finanzierungsmittel zur Verfügung und bieten ein breites Spektrum von Finanzdienstleistungen an.

Unternehmensinformationen sind im Market-based-System stärker verbreitet und leichter zugänglich. Viele Unternehmen treten auf dem Kapitalmarkt auf und werden an den Börsen gehandelt. Strikte Verhaltensregeln sorgen dafür, daß alle Marktteilnehmer grundsätzlich gleichen Zugang zu relevanten Informationen haben. Dies begünstigt die Liquidität und verbessert die Allokations- und Informationseffizienz dieser Märkte. Im Gegensatz dazu sind Unternehmensinformationen im Bank-based-System nur zu einem kleineren Teil öffentlich. Der Großteil der Unternehmen tritt nicht auf institutionalisierten Märkten auf, Unternehmensinformationen werden in erster Linie über langfristige (Finanzierungs-) Beziehungen erworben. Dabei nehmen die kreditgebenden Banken eine Schlüsselposition ein. Überdies sind sie vielfach selbst Eigentümer großer Unternehmen.

Die Eigentümerstruktur der Unternehmen ist im Market-based-System wenig konzentriert. In den meisten Unternehmen ist der Einfluß des einzelnen Eigentümers gering, und auch große Eigentümer üben selten direkten Einfluß auf das Unternehmensmanagement aus. Als primäres Ziel suchen die Anleger die Maximierung der Rendite ihres Portefeuilles durch Verkauf und Kauf von

Papieren aktiv zu verwirklichen. Durch Eigentümerwechsel üben sie indirekt Kontrolle über das Management aus. Im Bank-based-System ist das Unternehmenseigentum stark konzentriert. Börse und Aktienkurse spielen eine geringere Rolle, „hostile takeovers“ sind selten. Die

Während die Vorzüge des Bank-based-Systems vor allem in langfristigen Finanzierungsbeziehungen und im „delegated monitoring“ der Banken liegen, wird im Market-based-System die Eigentümerkontrolle direkt über den Kapitalmarkt wahrgenommen.

Managementkontrolle erfolgt direkt über den Aufsichtsrat, in dem alle großen Eigentümer vertreten sind. Dazu gehören auch die Banken, die einen erheblichen Anteil der Stimmrechte von großen Unternehmen halten. Vor allem die großen Eigentümer legen ihre Beteiligung „auf Dauer“ an.

Die Vorzüge des Bank-based-Systems werden in langfristigen Finanzierungsbeziehungen, der Rolle der Fremdfinanzierung als Governance-Instrument sowie den Vorteilen des „delegated monitoring“ durch Banken gesehen. In einer Welt unvollständiger Kontrakte reduzieren Mechanismen langfristiger Bindung Moral-Hazard-Probleme zwischen Financiers, Managern und Beschäftigten. Langfristig angelegte implizite Kontrakte zwischen den Beteiligten ermöglichen die Umsetzung langfristiger Unternehmensstrategien wie Forschung und Entwicklung, großer Investitionsprojekte oder Mitarbeiterqualifikation.

Weitgehend unbestritten erscheinen in der Literatur positive Effekte einer Ausweitung der Kontrollrechte auf die Fremdfinanzierung. Eigentümer und Financiers dürften hier durchaus unterschiedliche Gesichtspunkte in die Unternehmenskontrolle einbringen (Aghion – Bolton, 1992), und die Beschränkung auf Eigentümerkontrolle wird nicht automatisch gesamtwirtschaftlich optimale Ergebnisse bringen. Eigentümer und Financiers werden an unterschiedlichen Informationen über das Unternehmen interessiert sein; erst die Gesamtheit beider Informationssets ergibt das für die Unternehmenssteuerung erforderliche Gesamtbild.

Ausgehend von Diamond (1984) hat sich die Rolle von Banken als „delegated monitors“ des Unternehmenssektors zum wichtigsten Gesichtspunkt der Corporate-Governance-Literatur entwickelt. Die Schaffung zusätzlicher Information ist der entscheidende Ansatzpunkt zur Überwindung der gegebenen Informationsasymmetrien zwischen Financiers und Unternehmensmanagement. Aufgrund von Economies of Scale sowie ihrem „long-term commitment“ erscheinen Finanzintermediäre den Direktbeziehungen der Wertpapiermärkte in dieser Hinsicht überlegen. Gleichzeitig erweitert sich Monito-

ring und Kontrolle auf den viel größeren Unternehmenskreis, der intermediarisierte Finanzierungsmittel in Anspruch nimmt. Die wesentliche Einschränkung der Monitoring- und Kontrollfunktion von Finanzintermediären besteht jedoch darin, daß die Informationen – und auch die daraus abgeleiteten Konsequenzen – für die originären Investoren, die Anleger, nicht direkt transparent werden. Monitoring und Kontrolle werden als „delegated monitoring“ im fiktiven Auftrag und Interesse der Gesamtheit aller Anleger wahrgenommen.

Der entscheidende Anstoß zur Betonung dieser Aspekte in der ökonomischen Literatur ging von der empirischen Ebene aus. Als einer der ersten zeigte Cable (1985), daß die Wirtschaft von Ländern mit starker Position des Bankwesens in den Finanzierungsbeziehungen und enger Verflechtung zwischen Banken und Industrie rascher wächst. Selbst in Ländern mit höchst entwickelten Wertpapiermärkten tragen diese nicht nennenswert zur Finanzierung von Unternehmensinvestitionen bei (Mayer, 1988, Franks – Mayer, 1994). Schließlich wurde der Zusammenhang zwischen der Struktur des Finanzierungs-systems und der gesamtwirtschaftlichen Performance von King – Levine (1993A, 1993B, 1993C) im Hinblick auf langfristige Wachstumsmöglichkeiten weiterentwickelt.

Vor allem die theoretische Literatur schreibt Ländern mit enger Verflechtung zwischen Bankwesen und Industrie eine bessere Wachstumsperformance zu. Dem steht in der Praxis von Bank-based-Finanzierungsstrukturen vielfach Kritik an der Effizienz des Bankenverhaltens gegenüber.

Die wesentliche Kritik aus den Erfahrungen mit Bank-based-Finanzierungsstrukturen (Wenger, 1992, Adams, 1994, Edwards – Fischer, 1994) setzt vor allem am Bankenverhalten an. Mangelnde Transparenz, Insider-Probleme, Eigeninteressen und Interessenkonflikte der die Gesamtheit der Anleger repräsentierenden Finanzintermediäre sowie mangelnde Effizienz von Monitoring und Unternehmenskontrolle stehen in der Praxis den theoretisch abgeleiteten Vorteilen des Bank-based-Modells gegenüber. Besonders in der aktuellen Diskussion um die Ausgestaltung des Finanzierungssystems in den osteuropäischen Transformationsländern spielen diese Argumente eine Rolle (Grosfeld, 1994, Nunnenkamp, 1995).

Das Bankwesen nimmt also im gesamtwirtschaftlichen Finanzierungszusammenhang eine ambivalente Position ein: Einerseits ist es selbst zentrale Instanz im Corporate-Governance-Mechanismus einer Volkswirtschaft, andererseits schränkt seine dominierende Rolle die Entwicklung einer stärker kapitalmarktorientierten Governance ein. Selbst wenn man der Argumentation für ein

Bank-based-Modell der Finanzierungsstrukturen folgt, könnte – nicht zuletzt aus den Erfahrungen in Deutschland und Österreich – die Ergänzung um wesentliche Market-based-Elemente sowohl aus gesamtwirtschaftlicher Sicht als auch für die Performance des Bankwesens selbst wünschenswert sein. Volkswirtschaften dieses Entwicklungsstandes können langfristig ohne funktionsfähige Eigentümersmärkte kaum effizient ausgestaltet sein. Möglicherweise werden in diesem Zusammenhang die historische Bedingtheit von Finanzierungsstrukturen und ihre unterschiedliche Eignung für bestimmte Phasen im Entwicklungsprozeß einer Volkswirtschaft zuwenig beachtet.

AUSLANDSEIGENTUM AN ÖSTERREICHISCHEN BANKEN: EINE ILLUSTRATION DES STATUS QUO

Die Frage des ausländischen Eigentums an Banken spielte bisher in der österreichischen Literatur kaum eine Rolle. Das liegt in erster Linie an der geringen Bedeutung, die ausländischen Beteiligungen an österreichischen Banken in der Vergangenheit zukam. Zu dieser Situation trug aber auch die anhaltende „Abschottung“ des österreichischen Marktes gegenüber ausländischen Anbietern – sei es durch regulatorische Zugangsbeschränkungen oder durch „unattraktive“ Marktbedingungen – bei. Nicht zuletzt erschwert der Mangel an primärstatistischen Daten zur Eigentümerstruktur österreichischer Unternehmen den fundierten empirischen Zugang zur Problematik. Anders als etwa in Deutschland ist das Kriterium des ausländischen Eigentums bisher kein Standardmerkmal in der Bankenstatistik.

Mit der vollständigen Liberalisierung des Kapitalverkehrs (Brandner, 1991) und der Teilnahme Österreichs am EWR haben sich die Voraussetzungen für den Marktzugang ausländischer Banken und das ausländische Eigentum an österreichischen Banken grundlegend verändert. Mitte der neunziger Jahre erwarben erstmals ausländische Eigentümer substantielle Beteiligungen an größeren österreichischen Banken mit Filialnetz, im Rahmen der Privatisierung öffentlichen Eigentums an Großbanken traten erstmals internationale Interessenten auf.

Vor diesem aktuellen Hintergrund zeichnet die vorliegende Arbeit anhand mehrerer Sonderauswertungen der Oesterreichischen Nationalbank ein umfassendes Bild des Ist-Zustandes und der Entwicklung ausländischen Eigentums im österreichischen Bankwesen¹⁾.

¹⁾ Der Autor dankt der Oesterreichischen Nationalbank, insbesondere der Abteilung für Bankenstatistik, für die freundliche Unterstützung der Untersuchung durch die Bereitstellung des erforderlichen Datenermaterials.

DIE MARKTPPOSITION AUSLÄNDISCHER BANKEN IM ÖSTERREICHISCHEN BANKENSYSTEM

Zum Jahreswechsel 1995/96 verfügten insgesamt 45 in Österreich tätige Banken – einschließlich der rechtlich erst 1996 wirksamen Auslandsbeteiligungen an BAWAG und ÖVAG – über eine qualifizierte Beteiligung (mehr als 25%) eines ausländischen Eigentümers (siehe Kasten). Dabei ist in 38 Fällen ein ausländischer Eigentümer an einer im Inland registrierten, selbständigen Bank beteiligt, in 7 Fällen sind ausländische Banken mittels Zweigniederlassungen vertreten.

Diese Zweigniederlassungen werden im europäischen Banken-Binnenmarkt zu einem immer wichtigeren Wettbewerbselement, das sich überdies der nationalen statistischen Erfassung weitgehend entzieht. Von den 7 Zweigniederlassungen sind 5 Institute im Rahmen der EWR-Niederlassungsfreiheit tätig, 4 von ihnen haben ihre früher rechtlich selbständige Tochter in eine Filiale umgewandelt.

17 Banken befinden sich vollständig im Auslandsbesitz, weitere 13 in ausländischem Mehrheitseigentum. Mehrheitseigentum an österreichischen Banken besteht nur in den Sektoren Aktienbanken und Sonderbanken, eine ausländische Minderheitsbeteiligung an einer österreichischen Bausparkasse.

Die regionale Herkunft der ausländischen Eigentümer ist auf die EU konzentriert. Von 42 identifizierten Eigentümern haben 26 ihren Sitz in der EU. Die wichtigsten Herkunftsländer sind Deutschland (10), Frankreich (6) sowie Italien (5) und die Niederlande (4). Aus Nicht-EU-Ländern in Europa stammen wesentliche Eigentümer aus Osteuropa (5) und aus der Schweiz (3). In 7 Fällen haben die Mehrheitseigentümer ihren Sitz nicht in Europa, größtenteils in den USA (4).

Der Einfluß ausländischer Banken auf die Marktstruktur der österreichischen Finanzmärkte beschränkt sich aber nicht auf direktes Eigentum. Neben den bereits angesprochenen Zweigniederlassungen sind rund 40 Repräsentanzen ausländischer Banken in Österreich vertreten. Diese dürfen zwar selbst keine Geschäfte abwickeln, einige von ihnen agieren aber in ausgewählten Marktsegmenten überaus aktiv für ihr ausländisches Mutterinstitut. Ein neues Element des Marktzugangs für ausländische Anbieter ist schließlich die Präsenz ausländischer Banken im Rahmen der EWR-Dienstleistungsfreiheit. Freilich kann von der formalen Anmeldung einer Bank nicht unmittelbar auf die tatsächliche Aufnahme und das Ausmaß der Geschäftstätigkeit geschlossen werden; seit 1994 haben sich immerhin 38 Banken aus EWR-Ländern zum grenzüberschreitenden Dienstleistungsgeschäft auf dem österreichischen Markt angemeldet.

Auslandsbanken auf dem österreichischen Markt

Österreichische Kreditinstitute mit qualifiziertem Anteil ausländischen Eigentums (Ende 1995)

	Bilanzsumme 1994 Mill S	Herkunftsland		Bilanzsumme 1994 Mill S	Herkunftsland
Bank für Arbeit und Wirtschaft AG ¹⁾	223 311,3	Deutschland	Privatinvest Bank AG	2 794,8	Deutschland
Österreichische Volksbanken AG ¹⁾	64 913,4	Deutschland	Credit Lyonnais Bank (Austria) AG	2 484,0	Frankreich
Schoellerbank AG	23 375,6	Deutschland	ARAB Bank (Austria) AG	1 981,2	Luxemburg
Bank Winter & Co AG	22 493,5	Schweiz	Quelle Bank C.A. Steinhäusser AG	1 936,9	Deutschland
Westdeutsche Landesbank (Austria) AG	13 814,4	Deutschland	Banco do Brasil AG	1 870,4	Brasilien
Société Generale (Austria) Bank AG	11 097,7	Frankreich	Renault Bank AG	1 821,9	Frankreich
Central Wechsel- und Creditbank AG	9 395,8	Ungarn	P & C Bank (Österreich) AG	1 603,3	Frankreich
Salzburger Kredit- und Wechselbank AG	8 761,8	Deutschland	Alpenbank AG	1 263,8	Italien Deutschland
ING Bank (Vienna) AG	8 700,3	Niederlande	Bankhaus Berger & Comp AG	1 098,0	Schweiz
Mercurbank AG	8 012,7	USA	VB Heller Bank AG	465,0	USA
ABN AMRO Bank (Österreich) AG	7 263,9	Niederlande	Hypo-Bausparkasse AG	401,3	Deutschland
Centro Internationale Handelsbank AG	6 475,8	Italien, Polen	Fiat-Bank Ges.m b H	198,8	Italien
Österreichische Kommunalkredit AG	6 184,7	Frankreich	Merrill Lynch Bank Austria AG	187,4	USA
Internationale Bank für Außenhandel AG	5 655,4	Italien USA	Imperial Bank AG	175,1	Liechtenstein
Sanpaolo Bank (Austria)	5 548,6	Italien	Mazda Bank Austria AG	143,2	Japan
Meinl Bank AG	5 309,4	Schweiz	WMP Börsenmakler AG	109,3	Tschechien
Donau-Bank AG	5 058,2	Rußland	Golden Star Bank AG	99,1	Nordkorea
Adria Bank AG	3 254,8	Früheres Jugoslawien	M & A Bank AG	72,8	Frankreich Niederlande
Constantia Privatbank AG	2 874,9	Niederlande	SKWB-Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH	37,1	Deutschland

Q: OeNB eigene Zusammenstellung Anteil des Auslandseigentums über 25% – ¹⁾ Rechtliches Inkrafttreten der Auslandsbeteiligung erst 1996

Andere rechtliche Organisationsformen der Präsenz ausländischer Kreditinstitute auf dem österreichischen Markt (zum Jahreswechsel 1995/96)

	Herkunftsland		Herkunftsland
<i>Zweigniederlassungen ausländischer Banken in Österreich</i>		<i>Anzeige der Tätigkeit ausländischer Banken in Österreich im Rahmen der EWR-Dienstleistungsfreiheit²⁾</i>	
Citibank International Plc ¹⁾	Großbritannien	DePa-Bank Europe Plc	Irland
Deutsche Bank AG ¹⁾	Deutschland	Taranta Dominion Bank Europe Ltd	Großbritannien
Bank of Tokyo Ltd	Japan	Goldman Sachs Paris Inc & Cie	Frankreich
Istituto Bancario San Paolo di Torino S p A	Italien	Lazard Brothers & Co Ltd	Großbritannien
Ford Bank Austria ¹⁾	Großbritannien	N.M. Rothschild & Sons Ltd	Großbritannien
American Express Bank Ltd	USA	Charterhouse Bank Ltd	Großbritannien
Sparkasse Riezern ¹⁾	Deutschland	Chase Investment Bank Ltd	Großbritannien
<i>Repräsentanzen ausländischer Banken in Österreich²⁾</i>		Unibank S A	Luxemburg
Banco Bilbao-Vizcaya S.A	Spanien	Rheinische Hypothekenbank	Deutschland
Banco Exterior de Espana	Spanien	Royal Bank of Canada Europe Ltd	Großbritannien
Bayerische Landesbank Girozentrale	Deutschland	Chemical Bank AG	Deutschland
Bulgarische Außenhandelsbank	Bulgarien	Den Danske Bank International S A	Luxemburg
Cassa di Risparmio di Modena	Italien	HSBC Investment Bank Plc	Großbritannien
Cassa di Risparmio di Udine e Pordenone	Italien	First Personal Bank Plc	Großbritannien
Chase Manhattan Overseas Corporation	USA	Deutsche Bank AG	Deutschland
Credit Suisse	Schweiz	Republic National Bank of New York (Luxembourg)	Luxemburg
Export-Import Bank of the United States	USA	Dresdner Bank AG	Deutschland
Financière Credit Suisse-First Boston	Schweiz	Kreditbank S A luxembourgeoise	Luxemburg
First Private Bank Ltd	Bulgarien	The Royal Bank of Scotland	Großbritannien
Fuji Bank Ltd	Japan	Württembergische Hypothekenbank AG	Deutschland
Ibor Independent Bank of Russia	Rußland	DG Diskontbank GmbH	Deutschland
Inkambank	Rußland	West Merchant Bank Ltd	Großbritannien
International Business Bank Corp.Ltd	Westsamoa	Havana International Bank Ltd	Großbritannien
Joint Stock Commercial Bank Stolichny	Rußland	Banque Générale du Luxembourg	Luxemburg
Jugobanka	Früheres Jugoslawien	Bankgesellschaft — Berlin (Irland) Plc	Irland
Karic Banka DD	Früheres Jugoslawien	Société Européenne de Banque	Luxemburg
Kuzbassprombank	Rußland	De Nationale Investeringsbank N V	Niederlande
Mitsubishi Bank Ltd	Japan	Bank of America S A	Spanien
Mytischinsky Commercial Bank	Rußland	Hypothekenbank in Hamburg AG	Deutschland
Philippine National Bank	Philippinen	Rheinbaden Hypothekenbank AG	Deutschland
Postabank es Takarekpenzar RT	Ungarn	Banamex Investment Bank Plc	Großbritannien
Privredna Banka Sarajevo	Bosnien-Herzegowina	European Mortgage Bank (Irland) Ltd	Irland
Privredna Banka Zagreb, D D	Kroatien	Deutsche Hypothekenbank Frankfurt AG	Deutschland
Russian National Commercial Bank	Rußland	Merrill Lynch Capital Markets Bank Ltd	Irland
Schweizerischer Bankverein	Schweiz	Deutsche Handelsbank AG	Deutschland
Slavonska Banka, D D Osijek	Kroatien	NV Bank Nederlandse Gemeenten	Niederlande
Splitska Banka, D D Split	Kroatien	Allied Trust Bank Ltd	Großbritannien
Stopanska Banka Zdruzena Banka Skopje	Mazedonien	Fimat International Banque S A	Frankreich
Sumitomo Bank Ltd	Japan		
Teximbank Ltd	Bulgarien		
The Economic Bank	Bulgarien		
The Tokai Bank Ltd	Japan		
Tuerkiye Vakillar Bankasi T.A.O	Türkei		
Udruzena Beogradska Banka	Früheres Jugoslawien		
Zagrebacka Banka, D D	Kroatien		

Q: OeNB, eigene Zusammenstellung. – ¹⁾ Umwandlung von einem Kreditinstitut in ausländischem Eigentum in eine Zweigniederlassung im Rahmen der EWR-Niederlassungsfreiheit gemäß Art 19 2 Bankrechtskoordinierungs-Richtlinie 89/646/EWG – ²⁾ Unvollständige Erfassung – ³⁾ Gemäß Art 20 2 Bankrechtskoordinierungs-Richtlinie 89/646/EWG

Übersicht 1: Bilanzstruktur österreichischer Kreditinstitute im Auslandsbesitz nach Beteiligungsformen

1994

	Zwischenbank- forderungen	Direktkredite	Aktiva			Auslandsaktiva
			Wertpapiere	Beteiligungen		
			Anteile an der Bilanzsumme in %			
Banken zu 100% im Auslandsbesitz	40,8	29,5	12,0	0,5	43,0	
Aktienbanken	41,1	29,5	11,9	0,4	44,3	
Sonderbanken	31,9	28,2	15,8	3,5	4,7	
Zweigniederlassungen ausländischer Banken	11,0	24,5	14,4	0,6	49,7	
Banken zu 50% bis 100% im Auslandsbesitz	40,5	40,2	8,2	1,6	47,7	
Aktienbanken	43,9	40,9	7,3	1,6	46,1	
Sonderbanken	25,4	37,2	12,1	1,2	54,6	
Banken zu 25% bis 50% im Auslandsbesitz	13,3	78,5	3,9	0,4	32,6	
Banken mit qualifiziertem Auslandsbesitz insgesamt	36,4	35,7	10,5	0,8	44,3	
<i>Nachrichtlich: BAWAG und ÖVAG¹⁾</i>	19,0	58,6	17,0	1,4	18,7	
Insgesamt einschließlich BAWAG und ÖVAG	25,8	49,6	14,4	1,2	28,8	
	Zwischenbank- verpflichtungen	Spareinlagen	Passiva		Auslandspassiva	
			Sonstige Einlagen	Eigene Emissionen		
			Anteile an der Bilanzsumme in %			
Banken zu 100% im Auslandsbesitz	48,9	7,7	29,1	0,7	50,9	
Aktienbanken	49,7	7,9	29,0	0,7	52,2	
Sonderbanken	26,7	0,0	30,5	0,0	14,6	
Zweigniederlassungen ausländischer Banken	53,0	1,1	31,0	3,3	54,2	
Banken zu 50% bis 100% im Auslandsbesitz	50,1	8,7	28,5	0,7	47,7	
Aktienbanken	43,9	10,7	33,7	0,8	48,5	
Sonderbanken	77,4	0,0	5,9	0,0	44,4	
Banken zu 25% bis 50% im Auslandsbesitz	65,3	2,5	10,0	0,0	3,4	
Banken mit qualifiziertem Auslandsbesitz insgesamt	50,7	7,1	27,8	0,8	47,0	
<i>Nachrichtlich: BAWAG und ÖVAG¹⁾</i>	27,2	32,1	20,2	12,9	11,3	
Insgesamt einschließlich BAWAG und ÖVAG	36,5	22,3	23,2	8,2	25,4	

Q: Eigene Berechnungen – ¹⁾ Rechtliches Inkrafttreten der Auslandsbeteiligung erst 1996.

Insgesamt sind heute rund 125 ausländische Banken in unterschiedlichem Ausmaß auf dem österreichischen Markt präsent. Darunter sind viele der größten europäischen Banken. Für den vergleichsweise engen österreichischen Finanzmarkt bedeutet das zweifellos eine substantielle wettbewerbspolitische Herausforderung, deren Konsequenzen auf die historisch gewachsenen Marktstrukturen derzeit vermutlich noch gar nicht richtig eingeschätzt werden können.

Eine wesentliche Eigenschaft dieser Entwicklung ist die erst in jüngster Zeit erfolgte Beteiligung ausländischer Eigentümer an Retail-Banken mit österreichweitem Filialnetz (Schoeller, BAWAG, indirekt ÖVAG). Damit breitet sich der Auslandseinfluß von den bisher eher speziellen Geschäftsbereichen auf das „Massengeschäft“ aus. Dieser Effekt wird aus der Bilanzstruktur der erfaßten Banken mit einem Auslandsbesitz über 25% deutlich (Übersicht 1)²⁾. Die Tätigkeit der Auslandsbanken war bisher stark auf das Auslands- und das Zwischenbankgeschäft konzentriert. Vor allem an den Spareinlagen und den – bilanzwirksamen – Wertpapiergeschäften

haben sie dagegen einen vergleichsweise geringen Anteil. Hingegen bildeten sie bereits bisher in bestimmten Segmenten des Kreditgeschäfts einen wesentlichen Wettbewerbsfaktor.

INDIKATOREN ZUR ENTWICKLUNG DES MARKTSEGMENTS DER AUSLANDSBANKEN IN ÖSTERREICH

Der in der offiziellen Statistik erfaßte Anteil des Auslandskapitals im österreichischen Bankwesen dürfte seit 1980 merklich gestiegen sein und derzeit bei rund 12% liegen³⁾ (die statistischen Unsicherheiten sind hier freilich groß). Mitte der achtziger Jahre hatte er erst knapp über 7% betragen. Ende 1995 machte er unter den Aktienbanken mehr als 30% aus, unter den Sonderbanken und im Volksbankensektor über 7% (Übersicht 2). Kaum ausländisches Eigentum findet sich heute noch bei den Landes-Hypothekenbanken, im Raiffeisensektor und bei den Bausparkassen.

Die Zahl österreichischer Banken in mehrheitlich ausländischem Eigentum – einschließlich der Zweiganstalten

²⁾ Diese Ausführungen basieren auf einer Auswertung der veröffentlichten handelsrechtlichen Bilanzen der österreichischen Banken mit einer qualifizierten ausländischen Beteiligung (mehr als 25%) des Jahres 1994.

³⁾ Bedingt durch die Umstellung der österreichischen Bankenstatistik mit Berichtstermin Dezember 1995 ist ein methodisch einwandfreier Vergleich nur mit den Daten bis November 1995 möglich.

Übersicht 2: Auslandskapital im österreichischen Bankwesen 1995 nach Sektoren

	Insgesamt Mill S	Nominalkapital	
		Inlandsanteil In %	Auslandsanteil In %
Aktienbanken	13,7	69,5	30,5
Sparkassen	15,8	96,8	3,2
Landes-Hypothekenbanken	1,2	100,0	—
Raiffeisenbanken	9,4	99,9	0,1
Volksbanken	2,8	92,9	7,1
Bausparkassen	1,4	98,7	1,3
Sonderbanken	6,8	92,8	7,2
Insgesamt	51,1	89,4	10,6

Q: OeNB.

ausländischer Banken – nahm parallel zu den Liberalisierungsschritten seit Ende der achtziger Jahre deutlich zu. Seit Ende 1989 stieg sie von 25 auf 37, gegenüber 1983 hat sie sich mehr als verdoppelt. Die Zahl der Minderheitsbeteiligungen zwischen 25% und 50% erhöhte sich im selben Zeitraum von 2 auf 7. Am stärksten dürfte die Auslandsverflechtung jedoch im Bereich der strategischen Minimalbeteiligungen (bis zu 10%) ausgeweitet worden sein: Deren Zahl hat sich zwischen 1983 und 1992 von 25 auf 100 vervierfacht. Diese Beteiligungen bilden sicher auch das unmittelbare Potential für einen künftig weiter wachsenden Auslandsanteil.

Sonderauswertungen der Oesterreichischen Nationalbank zu den mehrheitlich in ausländischem Eigentum

stehenden österreichischen Banken erlauben eine Analyse der Entwicklung der Bilanzstrukturen und der Ertragslage dieser Bankengruppe im Zeitraum 1989 bis 1995. Einen besonderen Aspekt illustriert zusätzlich die Entwicklung eines konstanten Samples von in diesem Zeitraum durchgehend in ausländischem Besitz stehenden Banken.

Die Bilanzstruktur der Banken mit mehrheitlich ausländischem Eigentum in Österreich ist traditionell auf das Auslands- und das Fremdwährungsgeschäft konzentriert (Übersicht 3). Beide Geschäftsbereiche verloren jedoch zwischen 1989 und 1995 an Bedeutung. Vor allem auf der Aktivseite gingen ihre Anteile markant zurück und liegen nun insgesamt deutlich unter 50% der Bilanzsumme. Umgeschichtet wurde vor allem zu den Direktkrediten – deren Anteil wuchs von 18,5% auf nicht ganz 30%. Auf der Passivseite sind Zwischenbankmittel nach den Auslandspassiva die zweite wichtige Finanzierungsquelle. Langfristig ist ihr Finanzierungsanteil jedoch um mehr als 10 Prozentpunkte gesunken. Die Zwischenbankverpflichtungen konnten vor allem durch Fremdwährungseinlagen inländischer Nichtbanken substituiert werden.

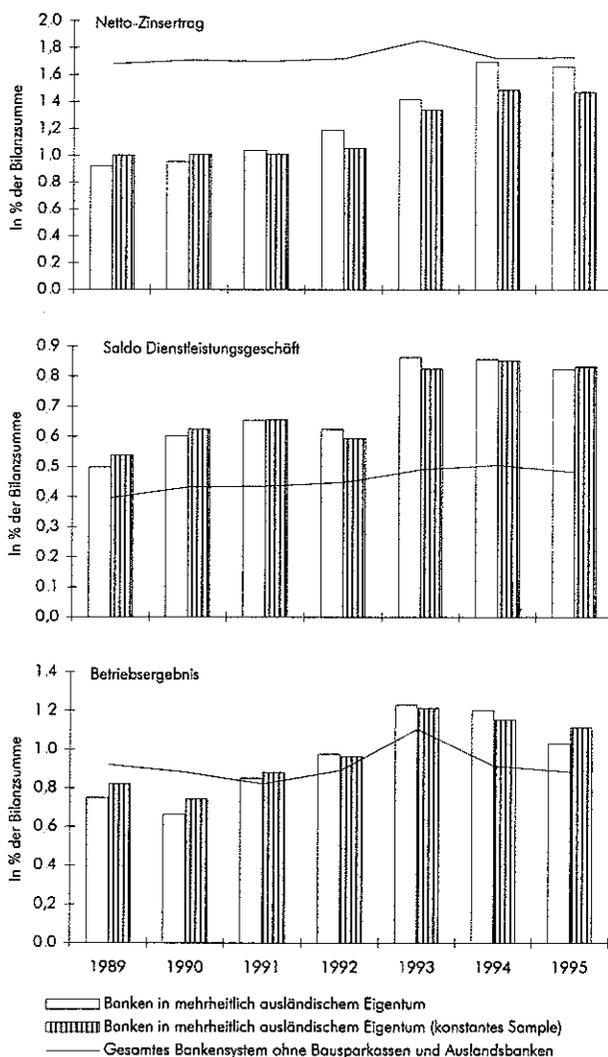
Diese tendenziellen Veränderungen der Bilanzstruktur gehen überwiegend auf Banken zurück, die sich vollständig im Auslandsbesitz befinden. Deren Konzentration auf wenige Geschäftsbereiche erscheint besonders

Übersicht 3: Bilanzstruktur der Auslandsbanken in Österreich

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
	Anteile an der Bilanzsumme in %						
<i>Banken in mehrheitlich ausländischem Eigentum</i>							
Inländische Zwischenbankforderungen	13,2	9,6	12,4	13,8	14,0	14,2	15,6
Direktkredite an inländische Nichtbanken	18,5	21,4	21,7	27,6	26,6	27,6	27,7
Inländische Wertpapiere	5,8	5,8	5,4	7,3	7,2	7,0	6,7
Inländische Beteiligungen	0,3	0,4	0,5	0,6	0,5	0,6	0,5
Auslandsaktiva	59,0	59,4	55,3	46,7	47,6	44,4	40,4
<i>Aktiva in Fremdwährung</i>							
Inländische Zwischenbankverpflichtungen	29,9	25,9	27,2	20,9	17,6	17,8	18,4
Sichteinlagen	1,9	1,9	1,4	2,3	2,4	2,1	2,8
Termineinlagen	1,7	2,3	2,0	0,8	0,5	0,3	0,2
Schilling-Spareinlagen von sonstigen Inländern	4,0	4,0	4,4	6,8	6,8	7,1	5,1
Fremdwährungseinlagen von inländischen Nichtbanken	1,5	3,7	3,7	7,8	10,4	11,4	12,1
Eigene Emissionen	1,1	1,3	1,1	1,4	1,1	0,8	1,3
Auslandspassiva	53,7	53,9	52,1	51,3	52,3	50,5	50,0
<i>Passiva in Fremdwährung</i>							
	59,0	59,2	58,8	59,2	61,5	57,4	56,7
<i>Banken in mehrheitlich ausländischem Eigentum (konstantes Sample)</i>							
Inländische Zwischenbankforderungen	13,1	9,7	12,8	13,7	13,9	13,0	16,2
Direktkredite an inländische Nichtbanken	19,2	22,8	22,6	24,4	25,1	25,6	26,3
Inländische Wertpapiere	5,5	5,8	5,6	6,1	5,2	7,0	7,6
Inländische Beteiligungen	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4
Auslandsaktiva	58,9	58,6	54,7	51,8	51,4	49,6	44,0
<i>Aktiva in Fremdwährung</i>							
Inländische Zwischenbankverpflichtungen	32,5	28,0	29,2	23,9	20,0	19,2	20,9
Sichteinlagen	2,0	2,1	1,4	1,8	1,7	1,7	1,8
Termineinlagen	1,8	2,5	2,1	0,4	0,2	0,2	0,2
Schilling-Spareinlagen von sonstigen Inländern	4,4	4,4	4,5	4,5	4,5	3,8	3,1
Fremdwährungseinlagen von inländischen Nichtbanken	1,6	4,0	4,0	6,5	8,6	10,6	10,8
Eigene Emissionen	0,4	0,6	0,5	0,6	0,4	0,4	1,2
Auslandspassiva	51,0	51,4	50,2	53,4	55,5	54,1	52,0
<i>Passiva in Fremdwährung</i>							
	57,1	57,3	57,9	59,5	62,8	62,6	61,4

Q: OeNB.

Abbildung 1: Ertragssituation der Auslandsbanken



Q: OeNB

hoch, auch wenn sie sich mit der Liberalisierung der Marktbedingungen merklich abgeschwächt hat.

Die Erträge der Auslandsbanken verbesserten sich deutlich: sowohl der Netto-Zinsertrag als auch der Saldo des Dienstleistungsgeschäfts und des Betriebsergebnisses. Ihr Betriebsergebnis ist seit 1992 günstiger als im Durchschnitt des gesamten Bankensystems mit mehrheitlich inländischem Eigentum (ohne Bausparkassen; Abbildung 1). Verbessert hat sich vor allem der Netto-Zinsertrag; das dürfte zu einem erheblichen Teil mit dem stark gesunkenen Zinsniveau für Zwischenbankgelder zusammenhängen. Signifikant stieg auch der Saldo im Dienstleistungsgeschäft, er liegt durchwegs über jenem österreichischer Banken. Im Vergleich von Ertragskraft und Ertragsentwicklung schneiden die Banken mit einem Anteil des Auslandseigentums zwischen 50% und unter 100% besonders gut ab, sie liegen nach allen Kriterien voran. Aus dem deutlichen Unterschied zu den vollständig in ausländischem Eigentum stehen-

den Banken könnte man schließen, daß die Kontrollfunktion des Eigentums bei mehreren (wenigen?) Eigentümern besonders gut wahrgenommen wird.

Die Analyse der Gesamtheit der Banken in mehrheitlich ausländischem Eigentum im Zeitverlauf ist verzerrt durch die zunehmende Zahl der erfaßten Banken. Deshalb wurde zusätzlich ein Sample von Ende 1988 ausschließlich in mehrheitlich ausländischem Eigentum stehenden Banken untersucht (konstantes Bankensample). Auf dieser Basis ist eine weitgehend unverzerrte Darstellung der Entwicklung von Bilanzstruktur und Ertragskraft ausländischer Banken auf dem österreichischen Markt möglich⁴⁾

Mit leichten Abweichungen bestätigen sich anhand des konstanten Bankensamples die Tendenzen der Bilanzstruktur für die Gesamtheit der Auslandsbanken. Deutlichere Unterschiede zeigen sich jedoch zwischen Aktien- und Sonderbanken. In beiden Bereichen verbesserte sich die Ertragslage langfristig deutlich, insbesondere die Sonderbanken entwickelten sich überdurchschnittlich. Während aber die Nettoerträge der Sonderbanken aus dem Dienstleistungsgeschäft nahezu den doppelten Wert des Netto-Zinsertrags erreichen und diese Institute auch über hohe Erträge aus sonstigen Finanzgeschäften verfügen, bleiben diese beiden Ertragsquellen für die Aktienbanken weit hinter dem Netto-Zinsertrag zurück.

Insgesamt scheinen die Banken mit ausländischem Mehrheitseigentum in Österreich über eine vergleichsweise hohe Ertragskraft bei stark spezialisierter Geschäftsstruktur zu verfügen. Überdies konnten sie ihre Erträge seit 1989 deutlich verbessern und ihren Ertragsvorsprung vor den Banken in mehrheitlich österreichischem Eigentum ausbauen.

Abgesichert wird diese Einschätzung durch eine Analyse der Ertragskraft je Beschäftigten. Bedingt durch ihre spezialisierte Geschäftsstruktur könnte die traditionelle Erfassung der Erträge und Aufwendungen in Relation zur Bilanzsumme für die Banken in ausländischem Mehrheitseigentum ein verzerrtes Bild liefern: Wegen eines überdurchschnittlichen Anteils nicht bilanzwirksamer Geschäfte – z. B. Vermögensverwaltung – würde ihre Ertragskraft gemessen an der Bilanzsumme überschätzt. Der Bezug zur Mitarbeiterzahl vermeidet diese Problematik und vermittelt gleichzeitig eine produktivitätsorientierte Betrachtung.

Überraschenderweise zeigen die Daten allerdings, daß die Bilanzsumme der Banken in mehrheitlich ausländischem Eigentum im Durchschnitt des Zeitraums 1989 bis 1995 je Beschäftigten um nicht ganz 35% höher war als die der anderen österreichischen Banken (Übersicht 4).

⁴⁾ Aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelbankdaten kann dieses konstante Bankensample jedoch nur nach den Kriterien Aktienbanken und Sonderbanken aufgespalten werden.

Übersicht 4: Bilanzsumme, Erträge und Aufwendungen je Mitarbeiter

Durchschnitt 1989 bis 1995

	Bilanzsumme	Netto-Zinsertrag	Saldo Dienstleistungen	Verwaltungsaufwand	Personalaufwand	Betriebsertrag
	In 1 000 S					
<i>Aktien- und Sonderbanken</i>						
Zu 100% im Auslandsbesitz	84 341	1 076	439	1 197	794	574
Aktienbanken	87 295	1 116	357	1 185	780	563
Sonderbanken	47 528	587	1 372	1 342	952	711
Zu 50% bis unter 100% im Auslandsbesitz	87 555	1 250	832	1 136	745	1 125
Aktienbanken	100.708	1 516	970	1 180	780	1 401
Sonderbanken	56.036	593	502	1 023	653	439
Ab einem Anteil ausländischen Eigentums von 50%	85 490	1 152	580	1 164	771	783
Konstantes Sample	96 136	1 273	674	1 191	791	942
Aktienbanken	104.646	1 395	637	1 207	796	1 011
Sonderbanken	56 731	706	839	1 117	769	620
<i>Bankensektor insgesamt</i>	65.542	1.072	289	981	650	569
Ohne Bausparkassen	63.810	1.068	290	977	651	571
Ohne Bausparkassen und Auslandsbanken	63 403	1.066	283	973	648	567

Abweichungen vom Bankensektor ohne Bausparkassen und Auslandsbanken in %

<i>Aktien- und Sonderbanken</i>						
Zu 100% im Auslandsbesitz	+ 33,0	+ 0,9	+ 54,9	+ 23,1	+ 22,6	+ 1,2
Aktienbanken	+ 37,7	+ 4,7	+ 26,1	+ 21,8	+ 20,5	- 0,6
Sonderbanken	- 25,0	- 44,9	+ 384,3	+ 38,0	+ 46,9	+ 25,4
Zu 50% bis unter 100% im Auslandsbesitz	+ 38,1	+ 17,3	+ 193,6	+ 16,8	+ 14,9	+ 98,4
Aktienbanken	+ 58,8	+ 42,2	+ 242,4	+ 21,3	+ 20,5	+ 147,3
Sonderbanken	- 11,6	- 44,4	+ 77,2	+ 5,2	+ 0,8	- 22,6
Ab einem Anteil ausländischen Eigentums von 50%	+ 34,8	+ 8,0	+ 104,6	+ 19,7	+ 19,0	+ 38,2
Konstantes Sample	+ 51,6	+ 19,4	+ 137,8	+ 22,5	+ 22,0	+ 66,1
Aktienbanken	+ 65,0	+ 30,8	+ 124,8	+ 24,1	+ 22,8	+ 78,4
Sonderbanken	- 10,5	- 33,8	+ 196,3	+ 14,8	+ 18,6	+ 9,5
<i>Bankensektor insgesamt</i>	+ 3,4	+ 0,5	+ 1,9	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,5
Ohne Bausparkassen	+ 0,6	+ 0,1	+ 2,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,8
Ohne Bausparkassen und Auslandsbanken	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0

Q: Eigene Berechnungen

Offenbar wird der zu erwartende Bilanzsummeneffekt durch Konzentration auf Großkundengeschäfte und höhere Produktivität überkompensiert. Nur die Bilanzsumme der Sonderbanken in mehrheitlich ausländischem Eigentum liegt je Beschäftigten unter der von Banken ohne ausländisches Mehrheitseigentum.

Die insgesamt höhere Ertragskraft ausländischer Banken drückt sich in einem um 38% höheren Betriebsertrag aus. Dieser geht vor allem auf die zu 100% im Auslandsbesitz stehenden Sonderbanken (25,4%) und die Aktienbanken mit einem Auslandsanteil von 50% bis unter 100% (147,3%) zurück. Mit Ausnahme der Sonderbanken verfügen die Banken in ausländischem Mehrheitseigentum interessanterweise auch über einen höheren Netto-Zinsertrag je Beschäftigten; der wesentliche Unterschied besteht aber in einem mehr als doppelt so hohen Dienstleistungssaldo je Mitarbeiter. Freilich errechnen sich für die Banken in ausländischem Mehrheitseigentum auch um etwa 20% höhere Verwaltungs- und Personalaufwendungen je Beschäftigten. Diese kompensieren ihre höhere Ertragsproduktivität aber nur zum Teil. Damit bestätigen diese Ergebnisse die Einschätzung einer höheren Ertragskraft von Banken in mehrheitlich ausländischem Eigentum, zu der eine höhere Produktionseffizienz einen wesentlichen Beitrag leistet.

AUSLANDSEIGENTUM BEDEUTET HÖHERE ERTRAGSKRAFT

Zu den interessantesten Gesichtspunkten im Zusammenspiel der drei Kriterien Bankeneigentum, Struktur des Finanzierungssystems einer Volkswirtschaft und Performance von Banken zählt die Frage, ob ausländisches Eigentum im Sinne einer anderen Wahrnehmung der Eigentümerkontrolle Einfluß auf die Ertragskraft von österreichischen Banken hat.

Ausgangspunkt für eine solche Analyse sind die in Mooslechner (1995) dokumentierten Schätzungen zu den Bestimmungsgründen der Ertragskraft im österreichischen Bankensystem auf Basis eines Samples von 966 Banken aus den Jahren 1990 bis 1992. In diesen Schätzungen wurde anhand eines Vergleichs zwischen Österreich und Deutschland der multiple Einfluß von vier Faktoren – Bankengröße, Bilanzstruktur, Marktstruktur und Produktionseffizienz – auf die Ertragssituation von Banken untersucht. Für die vorliegende Fragestellung wurden neuerliche Schätzungen unter Einschluß einer Dummy-Variablen für mehrheitliches ausländisches Eigentum durchgeführt.

Obwohl sich diese Schätzungen nur auf eine vergleichsweise kleine Zahl von Banken in ausländischem

Übersicht 5: OLS-Regressionen zur Ertragskraft des österreichischen Bankensystems

	Netto-Zinsertrag in % der Bilanzsumme				Teilbetriebsergebnis in % der Bilanzsumme				Eigenkapitalrentabilität			
	t-Werte		t-Werte		t-Werte		t-Werte		t-Werte		t-Werte	
Konstante	- 1,064	- 6,22	- 1,035	- 5,99	- 0,739	- 4,10	- 0,835	- 4,61	- 5,134	- 1,54	- 6,749	- 2,02
<i>Bankengröße</i>												
Bilanzsumme	- 0,000	- 2,19	- 0,000	- 2,31	0,000	7,28	0,000	7,69	0,000	6,63	0,000	6,99
<i>Bilanzstruktur</i>												
Kredite in % der Bilanzsumme	0,011	6,79	0,012	6,76	0,004	2,22	0,004	2,33	0,089	2,65	0,092	2,75
Spareinlagen in % der Bilanzsumme	0,008	5,10	0,008	4,83	- 0,003	- 2,06	- 0,003	- 1,43	0,002	0,07	0,021	0,63
Eigene Emissionen in % der Bilanzsumme	- 0,003	- 1,60	- 0,004	- 1,82	0,009	4,19	0,011	4,91	0,225	5,59	0,255	6,20
Zwischenbanksaldo in % der Bilanzsumme	- 0,004	- 2,23	- 0,004	- 2,21	- 0,001	- 0,70	- 0,002	- 0,89	- 0,003	- 0,09	- 0,009	- 0,26
Differenzierungsgrad	0,000	2,20	0,000	2,20	0,001	3,09	0,001	3,14	0,020	2,90	0,021	2,94
Diversifikationsgrad	0,003	0,03	0,003	0,03	0,006	0,05	0,006	0,06	- 4,419	- 2,12	- 4,430	- 2,14
<i>Marktstruktur</i>												
Marktanteil (an der Zahl der Bankstellen)	0,144	2,67	0,147	2,73	- 0,349	- 6,15	- 0,361	- 6,39	- 5,667	- 5,40	- 5,859	- 5,61
<i>Effizienz</i>												
Netto-Betriebsertrag in % des Gesamtaufwands	0,057	37,25	0,057	36,52	0,048	30,29	0,050	30,65	0,693	23,28	0,710	23,61
Betriebsaufwand je Beschäftigten	0,000	5,94	0,000	6,04	- 0,000	- 10,62	- 0,000	- 11,25	- 0,011	- 11,27	- 0,013	- 11,79
<i>Auslandsbesitz</i>												
	-	-	- 0,066	- 1,14	-	-	0,220	3,60	-	-	3,692	3,27
R ² bereinigt	0,836		0,838		0,665		0,673		0,616		0,624	
Zahl der Beobachtungen	966		966		966		966		966		966	

Mehrheitseigentum stützen können, erbringen sie hochsignifikante Ergebnisse für einen positiven Einfluß des Auslandseigentums auf die Ertragskraft einer Bank (Übersicht 5). Dabei erfassen die Schätzergebnisse in dieser Form allein den isolierten Effekt der Eigentumsunterschiede auf die ausgewählten Ertragsindikatoren, da die anderen in die Schätzungen einbezogenen Variablen alle theoretisch wichtigen anderen Einflußfaktoren kontrollieren.

Die Unterschiedlichkeit des Auslandseinflusses auf die drei Ertragsindikatoren Netto-Zinsertrag, Teilbetriebsergebnis (jeweils in Prozent der Bilanzsumme⁵⁾ sowie Eigenkapitalrentabilität (Teilbetriebsergebnis in Prozent des Eigenkapitals) ist sehr plausibel: Der Einfluß eines ausländischen Mehrheitseigentümers auf den Netto-Zinsertrag ist insignifikant – mit negativem Vorzeichen –, auf das Teilbetriebsergebnis und die Eigenkapitalrentabilität jedoch signifikant positiv. Unter sonst gleichen Voraussetzungen weisen österreichische Banken mit ausländischem Eigentum eine signifikant günstigere Ertragslage auf. Freilich stammt diese höhere Ertragskraft nicht aus dem Zinsgeschäft, in dem die Voraussetzungen der Marktstruktur, die Konkurrenzsituation und damit allgemein das Ertragspotential ungünstig sind. Dies resultiert aus dem konzeptiven Unterschied zwischen Netto-Zinsertrag und Teilbetriebsergebnis, der durch Erträge aus dem nicht zinsabhängigen Geschäft einerseits und den die Produktionseffizienz bestimmenden Personal- und Sachaufwand andererseits geprägt wird.

Besonders interessant erscheint schließlich der starke positive Effekt eines ausländischen Eigentümers auf die

Eigenkapitalrentabilität, der die oben angesprochenen Aspekte mangelnder Rentabilitätsorientierung und eher schwach ausgeprägter Eigentümerkontrolle des Managements unterstreicht.

Angesichts dieser Schätzergebnisse ist die Diskussion der Frage der Eigentümerstruktur im österreichischen Bankwesen berechtigt. Sie darf aber sicher nicht auf den engen Rahmen „inländisches versus ausländisches Eigentum“ eingeschränkt werden, sondern ist vor dem wesentlich breiteren Hintergrund des Zusammenhangs von Eigentümerstruktur, Bankperformance und gesamtwirtschaftlichem Finanzierungsmodell zu sehen. Diese viel umfassendere Diskussion hat in Österreich – und nicht nur im Bankwesen – bisher kaum begonnen.

ANSÄTZE ZU EINEM INTERNATIONALEN VERGLEICH DER BEDEUTUNG AUSLÄNDISCHEN EIGENTUMS IM BANKWESEN

Nur für wenige Länder stehen aus internationalen Quellen (OECD Bank Profitability) statistische Daten zur Verfügung, die eine Einschätzung des Ausmaßes ausländischen Eigentums im Bankwesen ermöglichen. Vielfach sind die Daten nicht gut vergleichbar, weil sie sich – wie etwa in Schweden und Kanada – nur auf einen Teil des Bankwesens (commercial banks) beziehen.

Trotzdem ergibt sich aus einer ersten – jedenfalls zurückhaltend zu interpretierenden – Gegenüberstellung der Eindruck, daß der an der Bilanzsumme gemessene Anteil von Banken in ausländischem Mehrheitseigentum in Österreich mit rund 3% eher niedrig ist (Übersicht 6). Typisch für die Geschäftsstruktur der Auslandsbanken erscheint ihr durchwegs unterdurchschnittlicher Marktanteil in den zentralen Geschäftsbereichen Kredite an Nichtbanken und Einlagen von Nichtbanken (Übersicht 7). Dagegen hängen die gemessen an der Bilanzsumme hohen Werte von Betriebsaufwand und Be-

⁵⁾ Bedingt durch die Verwendung eines Datensamples aus den Jahren 1990 bis 1992 wird das „alte“ Konzept des Teilbetriebsergebnisses als zentraler Rentabilitätsindikator verwendet.

Übersicht 6: Bedeutung der Auslandsbanken im internationalen Vergleich

1994

	Österreich ¹⁾	Deutschland	Schweden ²⁾	Schweiz	Kanada ³⁾	Finnland
	Anteile am gesamten Bankensystem in %					
Banken	4,25	4,33	54,55	35,62	—	1,12
Zweigstellen	—	—	0,47	7,46	—	—
Beschäftigte	3,05	2,99	0,76	12,19	—	0,51
Bilanzsumme	3,01	4,33 ¹⁾	2,72	8,29	8,19	1,82
Kredite an Nichtbanken	1,90	3,05 ¹⁾	2,04	4,58	7,30	0,10
Einlagen von Nichtbanken	1,69	2,34 ¹⁾	0,54	5,07	6,04	0,90
Betriebsertrag	4,65	4,29	0,74	13,90	5,37	0,41
Betriebsaufwand	5,18	5,06	0,69	14,37	6,62	0,36

Q: OECD OeNB Deutsche Bundesbank – ¹⁾ 1995 – ²⁾ Nur Commercial Banks erfaßt

und Marktstrukturen betrachtet – noch eine eigenständige ökonomische Kategorie bildet.

LITERATURHINWEISE

Adams, M., „Die Usurpation von Aktionärsbefugnissen mittels Ringverflechtung in der Deutschland AG“, Die Aktiengesellschaft, 1994, 39(14)

Aghion, Ph., Bolton, P., „An incomplete-contract approach to financial contracting“, Review of Economic Studies, 1992, (October)

Bank of England, „Business Finance in the United Kingdom and Germany“, Quarterly Bulletin, 1994, (24)

Beer, E., Ederer, B., Goldmann, W., Lang, R., Passweg, M., Reitzner, R., Wem gehört Österreichs Wirtschaft wirklich?, Wien, 1992.

Blattner, N., Genberg, H., Swoboda, A. (Hrsg.), Competitiveness in Banking, Heidelberg, 1992

Brandner, P., „Liberalisierung der österreichischen Devisenbestimmungen. Aspekte zu Kapitalbilanz und Geldpolitik“, WIFO-Monatsberichte, 1991, 64(11).

Cable, J., „Capital Market Information and Industrial Performance“, The Economic Journal, 1985, 95(March)

Diamond, D., „Financial Intermediation and Delegated Monitoring“, Review of Economic Studies, 1984, (51).

Edey, M., Hviding, K., „An Assessment of Financial Reform in OECD Countries“, OECD Economic Studies, 1995, (25).

Edwards, J., Fischer, K., Banks, Finance and Investment in Germany, Cambridge, 1994

Franks, J., Mayer, C., „Ownership and Control“, in Siebert (1994)

Friedman, B. M., „Economic Implications of Changing Share Ownership“, NBER Working Paper, 1995, (5141)

trriebsertrag – etwa in Österreich und der Schweiz – vermutlich mit dem überdurchschnittlichen Anteil der Auslandsbanken im außerbilanziellen Geschäft zusammen.

Insgesamt ergibt sich aus den internationalen Vergleichen der Eindruck, daß ausländisches Eigentum im österreichischen Bankwesen bisher nicht sonderlich stark ausgeprägt ist. So sind die Marktanteile ausländischer Kreditinstitute noch deutlich geringer als etwa in Deutschland. Freilich geben diese Daten die Entwicklung der letzten Jahre nicht vollständig wieder, und möglicherweise stehen weitere substantielle Eigentümerwechsel bevor. Ob kleinere Länder bei offenen Märkten analog zu einer größeren Bedeutung des Außenhandels auch einen höheren Anteil ausländischen Eigentums aufweisen, scheint bisher in dieser Form nicht untersucht zu sein. Schließlich ist gerade im Bankwesen in einer Welt globalisierter Finanzmärkte und internationalisierter Geschäftstätigkeit die Frage zulässig, wie weit „nationales“ Eigentum – unabhängig von Konzern-

Übersicht 7: Bilanzstruktur von Auslandsbanken im internationalen Vergleich

1994

	Interbankaktiva	Kredite an Nichtbanken	Wertpapiere	Geschäftsvolumen	Interbankpassiva	Einlagen von Nichtbanken	Wertpapiere	Eigenkapital
	Anteile der Auslandsbanken am Geschäftsvolumen in %							
Deutschland ¹⁾	36,6	39,4	16,8	100,0	58,7	23,3	4,7	5,0
Schweden	27,8	35,6	24,6	100,0	78,7	10,6	0,5	3,7
Schweiz	40,0	34,8	19,1	100,0	44,2	31,7	2,0	13,4
Kanada	13,4	61,1	17,3	100,0	28,5	47,9	2,0	6,2
Finnland	0,8	2,9	53,9	100,0	0,0	26,2	—	0,1
	Anteile des gesamten Bankensystems am Geschäftsvolumen in %							
Deutschland ¹⁾	24,0	56,0	14,5	100,0	26,6	43,1	21,2	4,2
Schweden	10,4	47,6	35,9	100,0	23,5	53,2	7,8	5,3
Schweiz	16,6	62,9	13,9	100,0	19,4	51,9	14,7	6,7
Kanada	7,9	68,6	18,6	100,0	14,7	65,0	2,2	5,4
Finnland	2,9	51,1	23,3	100,0	2,9	52,9	9,3	5,0
	Anteile der Auslandsbanken am gesamten Bankensystem in %							
Deutschland ¹⁾	6,6	3,0	5,0	4,3	9,6	2,3	1,0	5,2
Schweden	7,3	2,0	1,9	2,7	9,1	0,5	0,2	1,9
Schweiz	20,0	4,6	11,4	8,3	18,9	5,1	1,1	16,5
Kanada	13,9	7,3	7,6	8,2	15,9	6,0	7,3	9,4
Finnland	0,5	0,1	4,2	1,8	0,0	0,9	—	0,0

Q: OECD DBB – ¹⁾ 1995.

- GAO, Foreign Banks: Assessing their Role in the US Banking System, GAO/GGD-96-26, 1996
- Gardener, E., Molyneux, Ph., Changes in Western European Banking, London, 1990
- Gelauß, G., den Broeder, C., „Governance of Stakeholder Relationships: The German and Dutch Experience“, Central Planbureau Research Memorandum, 1996, (127)
- Gertler, M., „Financial Structure and Aggregate Economic Activity“, Journal of Money, Credit and Banking, 1988, (August)
- Giovannini, A. (Hrsg.), Finance and Development: Issues and Experiences, Cambridge, 1993
- Goldsmith, R., Financial Structure and Development, New Haven, 1969
- Goodhart, Ch., „Can We Improve the Structure of Financial Systems?“, European Economic Review, 1993, 37(2/3)
- Greenwald, B., Stiglitz, J. E., „Externalities in Economies with Imperfect Information and Incomplete Markets“, Quarterly Journal of Economics, 1986, S. 229-264
- Greenwald, B., Stiglitz, J. E., „Pareto Inefficiency of Market Economies: Search and Efficiency Wage Models“, American Economic Review, Papers and Proceedings, 1988, 78, S. 351-355
- Grosfeld, I., „Financial Systems in Transition: Is there a Case for a Bank based System?“, CEPR Discussion Paper, 1994, (1062)
- Gurley, J., Shaw, E., „Financial Aspects of Economic Development“, American Economic Review, 1955, 45.
- Hahn, F. R., Organisation, Strukturen und Handelsmechanismen der Wertpapierbörsen im internationalen Vergleich, WIFO, Wien, 1992
- Handler, H., Mooslechner, P., „Hintergründe und ökonomische Aspekte der Novellierung des Kreditwesengesetzes 1986“, WIFO-Monatsberichte, 1986, 59(12)
- Hart, O., „Corporate Governance: Some Theory and Implications“, The Economic Journal, 1995, (May), S. 678-689.
- Hellwig, M., „Banking, Financial Intermediation and Corporate Finance“, in Giovannini, A., Mayer, C. (Hrsg.) European Financial Integration, Cambridge, 1991
- Hubbard, G. (Hrsg.), Asymmetric Information, Corporate Finance, and Investment, Chicago, 1990
- Jarrell, G. A., Brickley, J. A., Netter, J. M., „The Market for Corporate Control: The Empirical Evidence since 1980“, Journal of Economic Perspectives, 1988, (Winter), S. 49-68.
- King, R., Levine, R. (1993A), „Financial Intermediation and Economic Development“, in Mayer, C., Vives, X. (Hrsg.), Capital Markets and Financial Intermediation, Cambridge, 1993.
- King, R., Levine, R. (1993B), „Finance and Growth: Schumpeter might be right“, Quarterly Journal of Economics, 1993, 108
- King, R., Levine, R. (1993C), „Finance, Entrepreneurship, and Growth“, Journal of Monetary Economics, 1993, 32(12).
- Mayer, C., „New Issues in Corporate Finance“, European Economic Review, 1988, (32)
- Mayer, C., „Financial Systems, Corporate Finance and Economic Development“, in Hubbard (1990).
- Mayer, C., „Corporate Governance, Competition and Performance“, OECD, Economics Department, Working Papers, 1996, (164)
- McKinnon, R., Money and Capital in Economic Development, Washington, D. C., 1973
- Mooslechner, P., „Österreichs Banken: Zu klein für Europa?“, WIFO-Monatsberichte, 1989, 62(2)
- Mooslechner, P., Institutional Patterns of Financial Systems: Do they make a Difference?, Wien, 1994 (mimeo)
- Mooslechner, P., Die Ertragslage des Bankensystems in Österreich und Deutschland, WIFO, Wien, 1995
- Mullineux, A. (Hrsg.), European Banking, Oxford, 1992
- Nunnenkamp, P., „The German Model of Corporate Governance“, Kiel Working Papers, 1995, (713).
- OECD, Banks under Stress, Paris, 1992
- OECD (1995A), Corporate Governance Environments in OECD Countries, Paris, 1995.
- OECD (1995B), Bank Profitability, Paris, 1995
- OECD (1995C), „Privatisation and Capital Markets in OECD Countries“, Financial Market Trends, 1995, (60)
- OECD (1995D), „Financial Markets and Corporate Governance“, Financial Market Trends, 1995, (62)
- Pagano, M., „Financial Markets and Growth: An Overview“, European Economic Review, 1993, 37(2/3)
- Policy Forum, „Corporate Governance“, Economic Journal, 1995, (May)
- Prowse, S., „Corporate Governance in an International Perspective: A Survey of Corporate Governance Mechanisms among Large Firms in the United States, the United Kingdom, Japan and Germany“, BIS Economic Papers, 1994, (41)
- Shleifer, A., Vishny, R., „Large Shareholders and Corporate Control“, Journal of Political Economy, 1986, (94), S. 461-488.
- Shleifer, A., Vishny, R., „A Survey of Corporate Governance“, NBER Working Paper, 1996, (5554)
- Siebert, H. (Hrsg.), Trends in Business Organization: Do Participation and Cooperation Increase Competitiveness?, Tübingen, 1994
- Stiglitz, J., „Credit Markets and the Control of Capital“, Journal of Money, Credit and Banking, 1985, (17).
- Tichy, G., „Die weltweite Strukturkrise der Banken“, Österreichisches Bank-Archiv, 1991, 39(12).
- Tichy, G., „Auswege aus der Ertragskrise der Banken?“, Österreichisches Bank-Archiv, 1993, 41(3)
- Tyson, L. D., „They are not us – Why American Ownership Still Matters“, The American Prospect, 1991, (Winter).
- Wenger, E., „Universalbankensystem und Depotstimmrecht“, in Gröner, H. (Hrsg.), Der Markt für Unternehmenskontrolle, Berlin, 1992

Some Aspects of Foreign Ownership in the Austrian Banking Sector – Summary

For many years private ownership in Austria's banking system was the exception rather than the norm, given the great importance of public ownership and the de facto „lack of ownership“ in the credit cooperatives and the savings and loans sector. As a consequence, the question of foreign ownership of banks hardly played a role in Austria. The long-practiced policy of shutting out foreign competition, be it through regulatory barriers or through „unattractive“ market conditions, exacerbated foreign banks' lack of interest in Austria's financial market.

Since the beginning of the 1990s, direct state ownership as well as the government's influence on the banking sector have been on the wane. The ownership structure of the Austrian banking system is undergoing a thorough renewal. The liberalization of capital flows and Austria's participation in the European Economic Area have greatly facilitated foreign banks' access to the Austrian market. In the middle of the 1990s, foreign banks acquired substantial shares in major Austrian banks for the first time; also for the first time, foreign investors entered bids for one of the largest banks that is scheduled to be privatized.

At present, some 125 foreign banks are present in the Austrian market in one form or another. Most of the largest European banks operate in Austria. The majority of foreign banks operating in Austria are based in the EU. Without doubt, the presence of foreign banks constitutes a great competitive challenge to the rela-

tively narrow Austrian financial market. An important feature of this development is the recent acquisition of equity capital in retail banking institutions (Schoeller, BAWAG, and indirectly ÖVAG). This means that foreign influence is spreading from the formerly rather specialized business segments (the foreign and inter-bank business) to the retail market.

One of the notable results of the analysis of the performance of foreign banks in Austria in the first half of the 1990s is the finding of above-average earnings. Banks in Austria where foreign capital has a majority stake have not only been able to raise their earnings since 1989, but also to widen the earnings gap vis-à-vis Austrian-dominated institutions. Moreover, foreign ownership has direct positive effects on profitability. Financial indicators for foreign-owned banks are markedly better than those for comparable Austrian-owned banks. Most striking is the strong positive effect of foreign ownership on the return to equity, which implies a more serious commitment to profit orientation and to management control by foreign owners.

These results throw new light on the current discussion of the structure of ownership in the Austrian banking system. Limiting the question of ownership to the narrow categories of domestic versus foreign ownership would, however, be inappropriate; it would neglect the important issues linking the structure of ownership, bank performance, and overall financing conditions.